

Zusatzantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten zum Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2013 einschließlich Dienstpostenplan, Beilage 761/2012, zur Budgetgruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, betreffend die Errichtung einer Landesvolksanwaltschaft für Oberösterreich

Der Oö. Landtag möge beschließen:

In der Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, wird ein neuer Abschnitt "Landesvolksanwaltschaft" geschaffen, der mit

dem Betrag von 50.000,-- Euro

ausgestattet wird.

Um den gleichen Betrag werden die im Art. III/5 bereitgestellten Mittel gekürzt.

Begründung

Für die objektive Kontrolle der Verwaltung, das Aufdecken von Missständen, die Prüfung von Beschwerden und unterstützende Beratung für die Bevölkerung soll als Ausdruck gelebter Bürgernähe eine Oö. Landesvolksanwaltschaft gegründet werden.

Die bestehenden Landesvolksanwaltschaften in Tirol und Vorarlberg sind Vorbilder und Beweis für den Sinn, Nutzen und Erfolg.

Im Voranschlag für 2013 sind daher bereits geringe Mittel vorzusehen, um erste Schritte hin zu einer dauerhaften Einrichtung zu ermöglichen.

Linz, am 3. Dezember 2012

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Cramer, Klinger, Schießl, Povysil, Nerat, Wall, Lackner, Mahr